Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Helge Limburg
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Anette Kramme MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
bei der Bundesministerin der Justiz
und für Verbraucherschutz

HAUSANSCHRIFT Anton-Wilhelm-Amo-Straße 37
10117 Berlin

TEL (030) 18 580-9010

E-MAIL buero-pst@bmjv.bund.de

11. März 2026

Betr.: Ihre Schriftliche Frage Nr. 3/43

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

Ihre o. a. Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 3/44:

Hat die Bundesregierung (ggf. gemeinsam mit den beteiligten Landesregierungen) organisatorische, strukturelle oder disziplinarrechtliche Konsequenzen aus der rechtswidrigen Auslieferung von Maja T. nach Ungarn im Jahr 2024 gezogen, und wenn ja, welche, und wie möchte sie verhindern, dass sich eine solche rechtswidrige Auslieferung wiederholt?

Antwort:

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 4. Dezember 2025 zu Fragen 12 bis 15 der Kleinen Anfrage „Bemühungen der Bundesregierung zur (vorzeitigen) Rücküberstellung und zur Verbesserung der Haftbedingungen von Maja T.“ (Bundestagsdrucksache 21/3134) verwiesen.

Unabhängig von dem in der Frage angeführten Sachverhalt arbeitet das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz derzeit an einer Reform des Rechts der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen. Ein zentrales Anliegen stellt dabei die Neujustierung des Rechtsschutzes im Auslieferungsverfahren dar.

Mit freundlichen Grüßen

